



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Februar 2012

Inhalt:

1. **Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!**
2. **Gewalt gegen Polizeibeamte - Reaktionen**
3. **Kennzeichnungspflicht?**
4. **Fachkräftegewinnungsgesetz**
5. **Rente mit 67 ist Rentenkürzung**
6. **Inspektion Baumholder wackelt weiter**
7. **Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus**
8. **Arbeitsmarkt: Statistik geschönt**
9. **Matthias Beltz zum Schluss**

1. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!



Wer hat nicht schon leise vor sich hingestöhnt, wenn es an das Ausfüllen der Beihilfeformulare ging?

Die Rechtsmaterie ist kompliziert genug – jetzt kommt praktische Hilfe!

Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land bringt unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ auf den Markt. In den nächsten Tagen erhalten die Vorsitzenden Eurer Kreisgruppen ein Ansichtsexemplar. Bestellungen sollten über die Kreisgruppen erfolgen. Es kostet 12,50 €; für GdP-Mitglieder 10 €.

Mit 477 Seiten ein umfassendes Nachschlagewerk, das jeder Beihilfeberechtigte besitzen sollte!



2. Gewalt gegen Polizeibeamte - Reaktionen

„Liebe Kollegen und Kolleginnen,
zu diesem Thema möchte ich Euch ein taufisches kurzes Beispiel übersenden.

Mal wieder Nachtdienst. Nach einem Raubüberfall auf Supermarkt geht es einige Zeit später zu einer angeblichen Streitigkeit zwischen Eheleuten.

Der Ehemann würde mal wieder total ausrasten und hätte getrunken. Aufgrund anderer Einsätze war der erste Angriff nur mit einem Team abzuarbeiten. D.h., meine Kollegin und ich.

Eintreffen am Einsatzort.

Der Ehemann schreit im Wohnzimmer lautstark seine Ehefrau an und wirft in unsere Richtung ein Kühlakku. Auf eine beruhigende Ansprache reagiert er noch aggressiver und greift mich an. Androhung von Pfeffersprayeinsatz und Gewahrsamnahme erfolgt. Er beruhigt sich wieder. Verstärkung über die Wache mit privatem Handy angefordert.

Eintreffen eines zweiten Teams und die Geschichte geht von neuem los. Er lenkt plötzlich ein und will sich der Anordnung fügen. Im Eingangsbereich greift er mich erneut an und der Angriff wird durch einen gezielten Tritt gegen den Brustkorb abgewehrt. Danach sprüht die Kollegin ihm Pfeffer ins Gesicht und er bäumt sich weiter auf. Später konnte der Angreifer mit vereinten Kräften gebändigt werden und ein Abtransport ins Gewahrsam erfolgte.

Strafanzeige, BE usw. natürlich auch.

Was ich mir für die Zukunft wünschen würde, wäre eine zeitnahe Ansprache des Vorgesetzten an die Einsatzkräfte und eine Nachfrage nach dem Erlebten. Der Gedankenkreisel im Gehirn lässt sich ja nicht so einfach abschalten und man macht sich vielleicht auch unbewusst so seine Gedanken. Wir können froh sein, dass nicht mal wieder ein Kollege oder eine Kollegin auf der Strecke bleiben.

Naja, der o.g. Angreifer hat sich selbst auch schon mehrfach bei einem Sachbearbeiter für GeSB für sein Verhalten entschuldigt. Mal sehen was aus der Sache wird! Ich mache jetzt erst mal Urlaub!“

3. Kennzeichnungspflicht?

„Hallo Markus,
habe soeben Deinen Beitrag auf SAT 1 gesehen. Ich finde die von Dir/uns vertretene Position nach wie vor richtig. Auch wenn die Landesregierung nun einen etwas grüneren Akzent hat, sollten wir die Ohren steif halten.



Solche Fälle, wie der des Kollegen XX in XX, dem ein bereits verurteilter Mörder in einem Einsatz zu rief: "Ich kenne Dich! Ich weiß wo Du wohnst mit Deiner Familie!" sollten auch in die Öffentlichkeit getragen werden. Der Kollege sowie seine Familienangehörigen erhielten daraufhin bis zum Strafvollstreckungsantritt des Gegenübers Polizeischutz.

Wer seinen Namen nicht nur bei



*Großeinsätzen sondern auch beim täglichen Dienst auf dem Lande an der Uniform trägt, kann in kürzester Zeit über einschlägige Quellen incl. Familienwohntort von jedem Kriminellen identifiziert werden. Ich möchte unseren Kolleginnen und Kollegen jedenfalls nicht zumuten sich aus dem öffentlichen Leben auch in diesen Quellen "löschen" zu müssen, damit sie zukünftig noch gegen Kriminelle ohne Angst um die Sicherheit ihrer Familien haben zu müssen, dienstlich einschreiten können. Für eine solche Gefährdung werden Polizisten nicht bezahlt. Die Verharmlosung, die oft gerade von "grüner" Seite her ideologisch erfolgt, ist m.E. realitätsfremd. Polizei hat es nicht nur mit friedlichen Atomgegnern zu tun. Das sollte auch den Landtagsvertretern der Grünen nahe gebracht werden. Wir sollten nicht einknicken.
Gruß Alfons“*

4. Fachkräftegewinnungsgesetz

Zur Gewinnung geeigneter Fachkräfte für Bereiche mit besonderen Anforderungen hat der Bundestag ein Gesetz zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund beschlossen. Der Bundesrat wird sich mit dem Gesetzentwurf abschließend vermutlich im Februar 2012 befassen.

Bereits im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung vereinbart, die Konkurrenzfähigkeit des Bundes bei der Gewinnung von Nachwuchskräften im Wettbewerb mit anderen Dienstherren und der Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen zu erhalten. Der nun vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucks. 17/7142) sieht hierfür folgende Lösungen vor. Maßgeblich mit einer Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes soll die Konkurrenzfähigkeit des Bundes gestärkt werden und dies u.a. durch:

1. Einführung eines Personalgewinnungszuschlags;
2. Gewährung einer Ausgleichszulage für Bezügeverringerungen bei Versetzungen in den Bundesdienst
3. Verbesserung der Einstiegsbedingungen durch Anerkennung von Kinderbetreuungs- und Pflegezeiten

[Quelle: http://beamte.verdi.de/beamtenpolitik_1/fachkraeftegewinnungsgesetz]

Ernst Scharbach: „Hier rächt es sich, dass die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst immer mehr hinter der der allgemeinen Lohnentwicklung hinterher hinken. Die Absenkung der Kaufkraft der Beamtinnen und Beamten um ca. 10 % in den nächsten fünf Jahren durch die Landesregierung wird die gleiche fatale Wirkung haben. In wenigen Jahren wird die Regierung jammern, weil sie keine geeigneten Leute mehr im öffentlichen Dienst findet.“

Heinz Werner Gabler: „Wir brauchen mehr Geld in der Tasche! Das hilft nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft. Löhne und Gehälter sind immer auch für den Konsum wichtig. Jetzt rächt sich die Kleinstaaterei, die durch die Föderalismus-,Reform‘ geschaffen wurde. Bund und Länder treten in einen üblen Wettbewerb um die bestbezahlten Köpfe!“

5. Rente mit 67 ist Rentenkürzung

Die Zunahme der vorzeitigen Renteneintritte offenbart eine dramatische Entwicklung: Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung haben fast die Hälfte der Neurentner in 2010 eine Rente mit Abschlägen bekommen. Bundesweit waren dies rund 320.000 Menschen. Die durchschnittliche Rentenkürzung liegt bei 113 Euro monatlich.

DGB Landesvorsitzender **Dietmar Muscheid:** „Die Zahlen zeigen, dass es mit



einer verbesserten Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nicht weit her ist. Unter diesen Rahmenbedingungen ist die Einführung der Rente mit 67 unverantwortlich. Bereits jetzt ist absehbar, dass sie in die Altersarmut führt. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Rente ‚mit 67 zu stoppen! Es ist höchste Zeit!‘“

Noch dramatischer sei die Entwicklung bei der Erwerbsminderungsrente. 2010 mussten bundesweit rund 183.000 Menschen vor Erreichen der Altersgrenze wegen einer Erwerbsminderung in Rente gehen. Mehr als 95% mussten Rentenabschläge in Kauf nehmen.

Muscheid: „Es ist und bleibt ein Skandal, dass Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, dafür auch noch mit Rentenabschlägen bestraft werden. Damit muss endlich Schluss sein.“

6. Inspektion Baumholder wackelt weiter

Noch vor wenigen Wochen hatte Minister Lewentz entschieden, dass derzeit keine



Polizeidienststellen auf dem Land geschlossen werden, hatte aber auch gleichzeitig angekündigt, dass dies weiter geprüft werde.

Überraschend kam nun die Meldung aus den USA, die Zahl der GI's in Europa drastisch zu verkleinern, um die Kräfte im pazifischen Raum zu stärken. Unmittelbar wurde der Standort Baumholder in Frage gestellt. Sollte dies tatsächlich so kommen, wird auch die Existenz der Polizeiinspektion erneut in den Fokus geraten. So schnell ändern sich die Verhältnisse...

7. Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Anlässlich des Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gab es im Rathaus in Mainz einen Vortrag mit dem Titel: „...bittet gehorsamst das Bordell besuchen zu dürfen.“



Frau Dr. Meß aus Saarburg, gab einen Überblick über ihre Forschungen zum Frauen-KZ Ravensbrück bei Berlin. Von dort erfolgte die Verteilung von Frauen deutschlandweit in die Bordelle der KZ, damals auch Sonderbauten genannt.

Nur ‚hochgestellte‘ KZ-Häftlinge konnten sich einen solchen Besuch leisten, der 2 Reichsmark kostete und förmlich beantragt werden musste. Wurde der Antrag genehmigt, durfte man für eine Viertelstunde zu einer der mit einem schwarzen Winkel gekennzeichneten Frauen, die somit als asozial oder nicht gemeinschaftsfähig galten. Manche kamen direkt aus Kinderheimen, viele waren zwangssterilisiert. Kam es doch einmal zu einer Schwangerschaft wurden die Föten abgetrieben. Die Frauen mussten ihre Arbeit nach drei Wochen wieder aufnehmen.

Eine Anerkennung und Entschädigung hat keine der Frauen dort nach dem Ende des Krieges bis heute erhalten, die meisten schämen sich viel zu sehr um an die Öffentlichkeit zu treten. Zu sehr haftete Ihnen auch der Ruf an, mit den Nazis kollaboriert zu haben.



8. Arbeitsmarkt: Statistik geschönt

Dietmar Muscheid, DBG-Vorsitzender RLP, kommentiert die Zahlen für Rheinland-Pfalz: „In der Statistik der Bundesagentur für Arbeit tauchen viele Arbeitssuchende nur als sogenannte ‚Unterbeschäftigte‘ auf, die nicht mehr als arbeitslos gezählt werden. Zählt man sie mit, ergibt sich mit 138.794 Personen eine Zahl, die deutlich über der offiziell gemeldeten Zahl an Arbeitslosen vom Dezember 2011 von 104.433 liegt.“



Aus der für Rheinland-Pfalz positiven Statistik fielen zum Beispiel alle Arbeitssuchenden heraus, die sich in Eingliederungs-, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen befinden, so Muscheid. Im Dezember belief sich diese Zahl auf 8374 Menschen. Ebenso würden beispielsweise alle über 58jährigen Hartz IV-Empfänger, welche schon 12 Monate lang kein Beschäftigungsangebot mehr erhalten haben, nicht mehr als Arbeit suchend gezählt. Dies betraf 4188 Personen.

Muscheid: „Wir werden den Finger stärker in die Wunde legen und unser Augenmerk auf die Menschen richten, die keine Arbeit haben, zugleich aber nicht in den Statistiken auftauchen.“

9. Matthias Beltz zum Schluss

„Das einzige, was uns bleibt, ist, uns selbst beim Untergang mit Heiterkeit, ohne Zynismus und Häme, ohne Sentimentalität oder Verlustangst, ohne Hass oder Masochismus – das einzige, was uns bleibt, ist, uns selbst beim eigenen Untergang mit Heiterkeit anzuschauen, als Schauspieler und Publikum eines Dramas, das keine Schlusspointe mehr aufweist.“

[AG]

Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.500 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de